

Grossratssession September 2015: Bericht der SP-See-Deputation

Neues Gesetz über das Staatsarchiv: Das Staatarchiv wird neu der Staatskanzlei und nicht mehr der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unterstehen. Das Staatsarchiv als kulturelle Institution des Kantons Freiburg gehört somit nicht mehr zu der für Kultur zuständigen Direktion. Ausserdem wird die Archivkommission abgeschafft und durch punktuelle Arbeitsgruppen ersetzt. Diese Massnahmen mögen helfen, das Staatsbudget zu schonen und den Umfang der im Verhältnis zu anderen Direktionen grossen Erziehungsdirektion zu reduzieren. Zu hoffen bleibt jedoch, dass die Tragweite eines kantonalen Archivs für die Kultur und die Geschichte des Kantons anerkannt bleibt und seine wissenschaftliche Bedeutung keine Einbussen erleidet.

Prüfung eines kantonaler Fonds für berufliches künstlerisches Schaffen: Die SVP war die einzige Partei, die sich gegen die Prüfung eines Fonds zur Unterstützung künstlerischen Schaffens ausgesprochen hat. Wir wissen aber, dass Musik, Malerei, Bildhauerei und Literatur eine unermessliche Bereicherung unseres Lebens darstellt und uns hilft, unsere Identität zu erkennen und zu verstehen. Wir wissen auch, dass Berufskünstlerinnen und –künstler oft in einem stetigen Kampf ums Überleben stehen. Wenn der Staat beispielsweise gewisse Infrastrukturkosten tragen würde, könnten auch Amateurlünstler davon profitieren.

Notfalldienst am Freiburger Spital (HFR): In den letzten Jahren wurde der Bereich Notfälle am HFR erneuert und ausgebaut. Als Antwort auf einen Bericht des Staatsrats hat der Grosse Rat von links nach rechts anerkannt, dass die neue Struktur des HFR auch bezüglich des Notfalldienstes beginnt, ihre Früchte zu tragen. Beunruhigt ist man indessen über die Zunahme an Patienten in den Notfallstationen, die sich innert 10 Jahren verdoppelt hat. Oft begeben sich Leute direkt ins Spital statt zuerst den Hausarzt aufzusuchen. Vieles sind Bagatellfälle, die oft selber behandelt werden könnten. Ärztliche Zentren, die man ohne Anmeldung aufsuchen kann, könnten mithelfen, dass nur „echte“ Notfälle im Spital behandelt werden.

Keine bessere Vertretung von Frauen in Verwaltungsräten: Zehn Frauen der SP-Fraktion haben einen Vorstoss eingereicht, wonach der Staatsrat klare Ziele zugunsten eines ausgeglichenen Frauenanteils in den Verwaltungsräten von staatlichen Unternehmen setzen sollte. Das Ziel wurde in einer bescheidenen Grössenordnung von rund 30% umschrieben. Für Aussenstehende muss es ein Spektakel erster Güte gewesen sein: wie die Seebezirkler Grossrätin Sabrina Fellmann feststellen musste, waren es vor allem Frauen, die sich zu Wort meldeten. Am Schluss der Debatte gab es dann noch zwei Männerstimmen, die sich rühmten, Frauen eingestellt zu haben, den Auftrag aber dennoch ablehnten.

Weniger Unterschriften für ein Referendum: In Gemeinden mit einem Generalrat – zur Zeit sind es 9 Gemeinden - hat das Volk die Möglichkeit, gegen die Beschlüsse des Generalrats ein Referendum zu ergreifen, wenn ein Zehntel der Aktivbürger der Gemeinde es schriftlich verlangt. Diese Zahl ist vergleichsweise hoch und soll nun vom Staatsrat mittels Änderung des Gemeindegesetzes herabgesetzt werden.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer